

Eine Kultur des Friedens und der Entwicklung

Ansprache * bei einem Treffen der Weltkommission für Kultur und Entwicklung in Manila am 21. November 1994

Auf ihrem dritten Treffen in San Jose, Costa Rica, vom 22.-26. Februar 1994 setzte sich die Weltkommission für Kultur und Entwicklung drei Ziele. Das dritte lautete, "eine neue kulturelle Dynamik voranzubringen: Die Kultur des Friedens und der Entwicklung." Die Kommission verpflichtete sich zu "Anstrengungen, um konkrete Maßnahmen zu empfehlen, die geeignet sind, auf nationaler und internationaler Ebene eine Kultur des Friedens voranzubringen". Weiter hieß es, daß

...eine Kultur des Friedens, eine Kultur der Demokratie und eine Kultur der Menschenrechte unteilbar sind. Ihre wirksame Umsetzung muß eine demokratische Verwaltung und die Verhütung interkultureller Konflikte zum Ziel haben.¹

Das Ziel des Friedens ist ein Ideal, das keine Regierung oder Nation, nicht einmal die kriegslüsternde, bestreiten wird, und der enge Zusammenhang der Kultur des Friedens und der Kultur der Entwicklung findet ebenfalls bereitwillig Zustimmung. Unsicher bleibt jedoch, wie weit Regierungen bereit sind einzuräumen, daß Demokratie und Menschenrechte untrennbar von einer Kultur des Friedens und daher wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung sind. Vielfach werden Kultur und Entwicklung tatsächlich als Vorwand benutzt, um Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten abzuwehren. Es ist weithin bekannt, daß einige Regierungen argumentieren, Demokratie sei ein westliches Konzept und hiesigen Werten fremd; auch wird behauptet, daß wirtschaftliche Entwicklung oft in Konflikt mit politischen, d.h. demokratischen, Rechten gerate und daß diese notwendig zugunsten jener aufgegeben werden müßten. Im Lichte solcher Argumente müssen die Begriffe Kultur und Entwicklung sorgfältig geprüft werden, damit sie nicht gebraucht oder besser gesagt mißbraucht werden, um das Streben der Völker nach demokratischen Institutionen und Menschenrechten behindern.

**) Vorgetragen im Namen von Aung San Suu Kyi durch Corazon Aquino*

Der unbefriedigende Zustand der Entwicklung in vielen Teilen der Welt und das Bedürfnis nach einer Definition von Entwicklung, die mehr bedeutet als bloßes wirtschaftliches Wachstum, wurden vor mehr als einem Jahrzehnt zu einem Gegenstand lebhaften Interesses von Wirtschaftswissenschaftlern und internationalen Institutionen.² In der Schrift "A New Concept of Development" stellte Francois Perroux 1983 fest, daß

Entwicklung noch nicht stattgefunden hat. Entwicklung stellt eine dramatische Zunahme des Bewußtseins, ein Versprechen, tatsächlich eine Überlebensfrage dar; intellektuell wurde dies bisher jedoch nur vage erkannt.³

In demselben Buch erklärte er weiter, daß

persönliche Entwicklung, d.h. die Freiheit von Menschen, ihre Anlagen zu entwickeln im Rahmen der Werte, von denen sie überzeugt sind und die sie in ihren Handlungen erfahren, eine der Hauptquellen aller Formen von Entwicklung ist.⁴

Sein Entwicklungskonzept gibt menschlichen und kulturellen Werten daher einen festen Platz innerhalb eines jeden Fortschrittsschemas, sei es wirtschaftlicher oder sonstiger Art. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) begann in den achtziger Jahren ebenfalls den Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung deutlich zu machen.⁵ Zu Beginn der neunziger Jahre erkannte das UNDP mit der Veröffentlichung seines ersten "Berichts über die menschliche Entwicklung" den Vorrang des menschlichen Aspekts an. Das besondere Augenmerk des Berichts von 1993 galt der Beteiligung des Volkes als "zentralem Thema unserer Zeit."⁶

Während das Konzept menschlicher Entwicklung eine vorherrschende Position im Denken internationaler Wirtschaftswissenschaftler und Verwaltungsfachleute einzunehmen beginnt, wird Marktwirtschaft nicht nur groß geschrieben, sondern von einem beinahe mystischen Nebel umgeben zunehmend von vielen Regierungen als der schnelle und sichere Weg zu materiellem Wohlstand betrachtet. Man geht davon aus,

daß wirtschaftliche Maßnahmen sämtliche Probleme, mit denen sich die Länder konfrontiert sehen, lösen könnten. Die Wirtschaft wird als "deus ex machina" beschrieben, "der wichtigste Schlüssel zu jedem Schloß einer jeden Tür des neuen Asiens, das wir sehen möchten". Und "gesunde wirtschaftliche Entwicklung" gilt als

unabdingbar, um erfolgreich der Herausforderung des Friedens und der Stabilität, der Herausforderung der Menschenrechte und der Verantwortlichkeiten, der Herausforderung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Herausforderung der sozialen Gerechtigkeit und der Reform und der Herausforderung der kulturellen Renaissance und des Pluralismus begegnen zu können.⁷

Die Ansicht, daß wirtschaftliche Entwicklung wesentlich für Frieden, Menschenrechte, Demokratie und kulturellen Pluralismus ist und die Ansicht, daß eine Kultur des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte notwendig für eine nachhaltige menschliche Entwicklung ist, mögen oberflächlich betrachtet nur als verschiedene Herangehensweisen erscheinen. Eine nähere Untersuchung offenbart jedoch, daß der Unterschied in der Herangehensweise selbst Differenzen fundamentalerer Art beinhaltet. Wenn die Wirtschaft als "der wichtigste Schlüssel zu jedem Schloß einer jeden Tür" betrachtet wird, ist es nur natürlich, daß sich der Wert des Menschen im großen und ganzen, sogar völlig, aus seinem Nutzen als wirtschaftliches Werkzeug bestimmt.⁸ Dies unterscheidet sich von der Vision einer Welt, in der wirtschaftliche, politische und soziale Institutionen im Dienste des Menschen arbeiten und nicht umgekehrt, in der Kultur und Entwicklung sich miteinander verbinden, um eine Umwelt zu schaffen, in der sich die Fähigkeiten des Menschen voll verwirklichen können. Die verschiedenen Sehweisen spiegeln letztlich Unterschiede in der Bewertung verschiedener Bestandteile des sozialen und nationalen Ganzen und in der Definition so grundsätzlicher Begriffe wie Armut, Fortschritt, Kultur, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wider. Aus diesen Differenzen wird auch erkennbar, und dies ist von entscheidender Bedeutung, wer die Macht hat, solche Werte und Definitionen zu bestimmen.

Die Wertesysteme derjenigen, die an der Macht sind und derjenigen, die davon weit entfernt sind, können nicht dieselben sein. Der Standpunkt der Privilegierten ist ein anderer als der der Unterprivilegierten. Was Macht und Privilegien angeht, ist der Unterschied zwischen denen, die darüber verfügen, und denen, die nicht darüber verfügen, nicht ein bloß quantitativer, denn er hat weitreichende psychologische und ideologische Implikationen. Und viele "wirtschaftliche"

Angelegenheiten beschränken sich selten nur darauf, da sie mit Fragen von Macht und Privilegien verknüpft sind. Das Problem der Armut liefert ein Beispiel dafür, wie unangemessen eine rein wirtschaftliche Herangehensweise an die Situation des Menschen ist. Selbst jene, die menschliche Grundbedürfnisse aus der Sicht der Praktiker betrachten, stimmen zu, daß ...was immer Ärzte, Ernährungs- und andere Wissenschaftler über die objektiven Bedingungen für Mangel sagen, es gleichfalls von Bedeutung ist, wie die Armen selbst den Mangel wahrnehmen.⁹

Die Bekämpfung der Armut erfordert es daher, Prozesse auf den Weg zu bringen, die die Wahrnehmung aller Beteiligten ändern können. Hier kommen Macht und Privilegien ins Spiel:

Die Armen sind machtlos und haben

*keine Stimme. Macht ist die Möglichkeit, den eigenen Willen in einer gegebenen sozialen Beziehung gegen jeden Widerstand auszudrücken und durchzusetzen. Die Armen sind weder in der Lage, sich durchzusetzen, Zwang noch in vielen Fällen überhaupt irgendwelchen Einfluß auszuüben.*¹⁰

Es reicht nicht aus, den Armen lediglich materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Sie müssen in hinreichendem Maße in die Lage versetzt werden, ihre Wahrnehmung von sich selbst als hilflos und ohnmächtig in einer Welt, die sich nicht um sie kümmert, zu ändern.

Die Frage der Macht ist sowohl für die Kultur als auch für die Entwicklung zentral. Sie entscheidet darüber, wer die Mittel hat, einer Nation oder einer Gesellschaft seine Sicht dessen aufzuerle-

gen, was Kultur und Entwicklung ausmacht und wer bestimmt, welche praktischen Maßnahmen im Namen von Kultur und Entwicklung ergriffen werden können. Je totalitärer ein System ist, umso mehr Macht ist in den Händen der herrschenden Elite konzentriert, und umso mehr werden Kultur und Entwicklung benutzt, um begrenzten Interessen zu dienen. Kultur ist definiert worden als "das jüngste, das am höchsten entwickelte Hilfsmittel die Sicherheit und Dauer des Lebens zu sichern."¹¹

Kultur, in diesem Sinne definiert, ist dynamisch und umfassend; betont werden ihre anpassungsfähigen, zwangsfreien Eigenschaften. Wo Kultur jedoch gebeugt wird, um beschränkten Interessen zu dienen, wird sie unbeweglich und starr, ihre exklusiven Aspekte treten in den Vordergrund, und Kultur erhält einen Beigeschmack von Zwang. Die "nationale Kultur" kann zu einem eigenartigen Gewebe sorgfältig ausgewählter geschichtlicher Ereignisse und verzerrter sozialer Werte werden, mit der Absicht, die Politik und die Handlungen der Mächtigen zu rechtfertigen.¹² Gleichzeitig wird Entwicklung dann leicht in dem inzwischen überholten Sinn wirtschaftlichen Wachstums gesehen. Statistiken, die häufig nicht überprüfbar sind, werden abgespult, um den Erfolg der offiziellen Maßnahmen zu beweisen.

Viele autoritäre Regierungen möchten an der Spitze modernen Fortschritts erscheinen, weigern sich jedoch, wirklichen Wandel einzuleiten. Solche Regierungen behaupten gern, einen einzigartigen nationalen oder indigenen Weg hin zu einem politischen System einzuschlagen, indem sie mit der Zeit gehen. In den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war der Sozialismus die weit verbreitete Wahl. Aber seit den achtziger Jahren hat die Demokratie zunehmend an Boden gewonnen. Den Schwerpunkt auf einen nationalen oder indigenen Weg zum Sozialismus oder zur Demokratie zu legen, hat

*den Effekt, daß kulturelle Kontinuität als Weg und als Ziel betont wird; umgekehrt entgeht man auf diese Weise der Notwendigkeit, die spezifischen Institutionen oder Verfahren von Demokratie oder Sozialismus zu definieren; und schließlich erhebt es die bestehende politische Elite in den unentbehrlichen Rang des Richters und Interpreten dessen, was zur Bewahrung der kulturellen Integrität beiträgt und was nicht.*¹³

Häufig werden von autoritären Regierungen, die sich sowohl auf kulturelle Integrität als auch soziale Stabilität und nationale Sicherheit berufen, demokratische Reformen auf der Grundlage der Menschenrechte verweigert. Es wird unterstellt, daß einige der schlimmsten Übel westlicher Gesellschaften Ergebnis der Demokratie seien, die als Keim ungezügelter Freiheit und des egoistischen Indi-



Aung San Suu Kyi, 1989

aus: Aung San Suu Kyi, *Freedom from Fear and Other Writings*, London usw.: Penguin, 1991, Abb. 15

vidualismus betrachtet wird. Gewöhnlich wird ohne hinreichende Beweise behauptet, daß demokratische Werte und Menschenrechte im Gegensatz zur nationalen Kultur stünden und daher, sollen sie Vorteile bringen, modifiziert werden müßten – möglicherweise in einem Ausmaß, das sie bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Den Menschen wird erzählt, sie seien noch unreif für die Demokratie, daher werde eine bis zur Einführung demokratischer Reformen unbestimmte Zeit vergehen.

Der erste Angriff beruht oft auf der allgemein akzeptierten und daher kaum je in Frage gestellten oder auch nur wahrgenommenen Prämisse, die USA seien das überragende Beispiel einer demokratischen Kultur. Was leicht übersehen wird, ist die Tatsache, daß die USA, obwohl sie sicherlich der wichtigste Vertreter einer demokratischen Kultur sind, gleichzeitig zahlreiche andere miteinander verknüpfte Kulturen repräsentiert. Dazu zählten "Ich-will-alles" Kultur der Konsumenten, die Kultur der Mega-Städte, die Kultur der Supermacht, die Kultur des Pioniergeistes, die Einwandererkultur. Außerdem gibt es eine mächtige Medienkultur, die beständig die Myriaden von Problemen der amerikanischen Gesellschaft enthüllt, von großen Themen wie der Gewalt auf den Straßen und dem Drogenmißbrauch bis zu Eheproblemen der Prominenten. Viele der schlimmsten Übel der amerikanischen Gesellschaft, die man zunehmend in unterschiedlichen Ausmaßen auch in anderen entwickelten Ländern beobachten kann, gehen nicht auf das Vermächtnis der Demokratie zurück, sondern auf die Ansprüche des modernen Materialismus. Schierer Individualismus und Halsabschneider-Moral erscheinen, wenn auf der einen Seite politische und intellektuelle Freiheiten beschnitten werden, während auf der anderen Seite ungezügelter wirtschaftlicher Wettbewerb gefördert wird, indem materieller Erfolg zum Maßstab für Ansehen und Fortschritt gemacht wird. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, in der kulturelle und menschliche Werte an den Rand gedrängt werden und der Wert des Geldes unumschränkt regiert. Kein politisches oder soziales System ist perfekt. Aber hätte eine so mächtige und vielgestaltige Nation wie die Vereinigten Staaten vor dem Zerfall bewahrt werden können, wenn sie nicht von demokratischen Institutionen getragen würde, garantiert durch eine Verfassung, die auf der Annahme beruht, daß die Fähigkeit des Menschen zu Vernunft und Gerechtigkeit eine freie Regierung möglich macht und daß seine Fähigkeit zu Leidenschaft und Ungerechtigkeit eine solche Regierung erfordert?¹⁴

Gerade die kulturelle Vielfalt der Welt läßt es für die verschiedenen Nationen und Völker notwendig werden, sich auf

jene grundlegenden menschlichen Werte zu verständigen, die ein einigender Faktor sein können. Wenn behauptet wird, Demokratie und Menschenrechte stünden im Gegensatz zur nicht-westlichen Kultur, so definiert man damit diese Kultur als beschränkt und monolithisch. Tatsächlich können die Werte, die durch Demokratie und Menschenrechte geschützt werden sollen, in vielen Kulturen gefunden werden. Auf der ganzen Welt brauchen die Menschen Freiheit und Sicherheit, um ihre Anlagen voll entwickeln zu können. Die Sehnsucht nach einer Regierungsform, die Sicherheit bietet, ohne die Freiheit einzuschränken, reicht weit zurück.¹⁵ Der Wunsch nach einer starken Regierung und einer Diktatur läßt sich ebenfalls in allen Kulturen feststellen, in östlichen wie in westlichen: Auch das Verlangen zu beherrschen und die Tendenz, die Mächtigen zu verherrlichen, sind weitverbreitete menschliche Züge, die dem Wunsch nach Sicherheit entspringen. Eine Nation kann ein System wählen, das den Schutz der Freiheit

und der Sicherheit der vielen Abhängigen den Launen von wenigen Mächtigen überläßt; sie könnte sich aber auch für Institutionen und Mechanismen entscheiden, die Individuen und Organisationen mit genügend Macht ausstattet, ihre Freiheit und Sicherheit selbst zu schützen. Von dieser Entscheidung hängt es ab, wie weit eine Nation auf dem Weg zu Frieden und menschlicher Entwicklung vorankommt.¹⁶

Viele Länder der Dritten Welt, die heute nach sinnhafter Entwicklung streben, sind Gesellschaften, in denen mehrere Volksgruppen leben. Meist gibt es eine dominante Gruppe und eine Anzahl – manchmal eine große Anzahl – von kleineren Gruppen: ausländische, religiöse oder ethnische Minderheiten. Ebensowenig wie "Armut" länger ausreichend auf Grund ökonomischer Bedürfnisse definiert werden kann, kann "Minderheit" länger allein mit Hilfe von Zahlen definiert werden. Zum Beispiel stellt eine Studie über Minderheiten in der burmesischen Geschichte fest, daß



*sich die Vorstellung von Minderheit im Verlauf der Nationenbildung geändert hat ..., sowie sich eine Gruppe selbst als Nation definiert, werden alle, die nicht dazu gehören, zu Minderheiten ... Es gab natürlich Minderheiten im traditionellen Burma - Menschen im Umfeld der Macht-Elite, die sich selbst für überlegen hielten, und Menschen abseits der Elite, die als minderwertig angesehen wurden. Diese Kriterien zur Bildung einer Mehrheit (die unter Umständen tatsächlich nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmacht wie beispielsweise die weiße Bevölkerung im heutigen Südafrika) basierten nicht auf der Zugehörigkeit zu einer "Rasse" oder gar einer ethnischen Gruppe, sondern auf dem Zugang zur Macht. Minderheiten sind somit die Menschen, die geringen Zugang zu Macht haben.*¹⁷

Genau wie im Fall der Armut geht es letztlich um eine Frage der Machtbeteiligung. Die Berücksichtigung grundlegender materieller Bedürfnisse reicht nicht aus, um Minderheitengruppen und indigenen Völkern das Gefühl zu vermitteln, daß sie tatsächlich Teil einer größeren nationalen Einheit sind. Dafür müssen sie darauf vertrauen, daß auch sie eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Geschichte des Staates spielen, der ihre Loyalität einfordert. Armut degradiert eine ganze Gesellschaft und bedroht ihre Stabilität; ethnischer Konflikt und die Unzufriedenheit von Minderheiten stellen zwei der größten Bedrohungen für den inneren und den regionalen Frieden dar. Und wenn die enteignete "Minderheit" tatsächlich eine überwältigende Mehrheit ist, wie in Ländern, in den die Macht in den Händen weniger konzentriert ist, ist die Bedrohung von Frieden und Stabilität stets gegenwärtig, selbst wenn sie nicht wahrgenommen wird.

Die Kommission für ein Neues Asien stellt fest, daß

*eine rasche wirtschaftliche Umgestaltung am meisten Aussicht auf Erfolg hat im Kontext von internationalem Frieden und innerer politischer Stabilität, wenn sozialer Frieden herrscht, es eine öffentliche Ordnung und eine aufgeklärte, starke Regierung gibt - und wenn keine gesellschaftlichen Turbulenzen und Unruhen geschehen.*¹⁸

Dieser Kommentar wirft ein Schlaglicht auf den Zusammenhang von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Anliegen. Allerdings birgt er die Gefahr, der Interpretation Vorschub zu leisten, Frieden, Stabilität und öffentliche Ordnung seien lediglich als Bedingungen für eine wirtschaftliche Umgestaltung wünschenswert - statt sie als eigenständige Ziele zu sehen. Eine solche Interpretation würde dann die eigentliche Bedeutung von Frieden und Sicherheit verzerren. Der Kommentar könnte auch benutzt werden, um eine starke Regierung, sogar eine unaufgeklärte, zu rechtfertigen so-

wie jegliche autoritäre Maßnahme, die solch eine Regierung vielleicht im Namen der öffentlichen Ordnung ergreift.¹⁹

Wenn materielle Verbesserungen - nur ein Mittel, menschliches Glück zu erreichen - auf Wegen gesucht werden, die den menschlichen Geist verletzen, kann das auf lange Sicht nur zu größerem menschlichem Leid führen. Die enormen Möglichkeiten, die die Marktwirtschaft den sich entwickelnden Ländern eröffnet, können nur dann genutzt werden, wenn die ökonomischen Reformen in einem Rahmen durchgeführt werden, der die menschlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Der "Bericht über die menschliche Entwicklung" betont, daß der Markt den Menschen dienen sollte anstatt die Menschen dem Markt. Weiter heißt es:

*Sowohl der Staat als auch der Markt sollten vom Volk geführt werden. Beide sollten zusammenarbeiten, und das Volk sollte mächtig genug sein, um beide effektiv zu kontrollieren.*²⁰

Damit sind wir wieder bei der Machtbeteiligung. Sie entscheidet darüber, wie weitreichend der Nutzen von Handlungen sein wird, die im Namen von Kultur und Entwicklung unternommen werden. Und das wird wiederum über das Ausmaß entscheiden, mit dem solche Handlungen zu echtem Frieden und Stabilität beitragen können. Demokratie als ein politisches System, das auf die Machtbeteiligung der Menschen zielt, ist grundlegend, wenn eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll - also "Entwicklung des Volkes für das Volk durch das Volk". Daher heißt es richtig:

*Nationale Regierungen müssen neue Wege finden, ihre Völker zu befähigen, mehr an der Regierung zu partizipieren und ihnen einen viel größeren Einfluß auf Entscheidungen zu erlauben, die ihr Leben betreffen. Solange das nicht geschieht, und zwar rechtzeitig, werden die wachsenden Hoffnungen der Menschen unweigerlich mit unbeweglichen Systemen kollidieren, was zu Anarchie und Chaos führt. Ein schneller Übergang zur Demokratie und eine Stärkung der Institutionen der Zivilgesellschaft sind die einzigen angemessenen Antworten.*²¹

Das Argument, daß es lange Jahre dauerte, bis sich die ersten demokratischen Regierungen im Westen entwickelt hatten, kann keine Entschuldigung für afrikanische und asiatische Länder sein, demokratische Reformen schleifen zu lassen. Die Geschichte der Welt zeigt, daß Völker und Gesellschaften keine fixierte Reihe von Stadien in ihrer Entwicklung durchlaufen müssen. Darüber hinaus sollten Nachzügler aus den Erfahrungen der Pioniere Kapital schlagen und die Fehler und Hindernisse vermeiden, die den Fortschritt früher behindert haben. Die Vorstellung einer "geruhsamen Eile" wird manchmal benutzt, um Rückständigkeit den Anschein eines gemessenen Fortschritts zu geben. Aber in

einer Welt, die sich schnell entwickelt, kann eine Überbetonung von "geruhsam" zum Rezept für ein Desaster werden.

Es wird so viele Arten von Demokratien geben, wie es Nationen gibt, die Demokratie als ihre Regierungsform akzeptieren. Es gibt weder den Typus der "westlichen Demokratie", noch ist Demokratie auf eine handvoll Modelle beschränkt wie etwa das Amerikanische, das britische, das französische oder das Schweizer Modell. Jedes demokratische Land wird über eigene individuelle Charakteristika verfügen. Mit der Ausbreitung der Demokratie in Osteuropa wird die Verschiedenheit der demokratischen Regierungsstile sich weiter ausdehnen. Entsprechend kann es nicht nur eine einzige Form der Demokratie in Asien geben; in jedem Land wird das demokratische System einen Charakter ausbilden, der den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Aber die Grundanforderung einer Demokratie besteht darin, daß das Volk in ausreichendem Maß befähigt sein sollte, entscheidend an der Regierung seines Landes teilzunehmen. Die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zielen auf eine solche Befähigung zur Macht. Ohne diese Rechte werden demokratische Institutionen nur leere Hülsen bleiben, unfähig, die Hoffnungen der Menschen widerzuspiegeln, noch fähig, dem Vordringen des Autoritarismus zu widerstehen.

Der demokratische Prozeß sorgt für einen politischen und sozialen Wandel ohne Gewalt. Die demokratische Tradition der freien Diskussion und Debatte erlaubt eine Beilegung von Differenzen ohne die Flucht in einen bewaffneten Konflikt. Die Kultur der Demokratie und Menschenrechte fördert Vielfalt und Dynamismus ohne Desintegration; sie ist unteilbar mit einer Entwicklungs- und Friedenskultur verbunden. Nur indem die Vereinten Nationen und ihre Organisationen mit Bestimmtheit Bewegungen unterstützen, die versuchen, das Volk mit demokratischen Mitteln zur Macht zu befähigen, werden die UN wirklich in der Lage sein, eine Kultur des Friedens und der Entwicklung zu fördern.

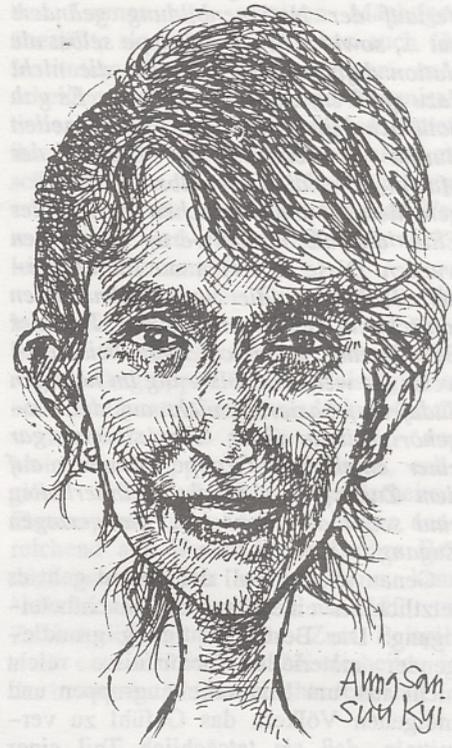
Lassen Sie mich meine Argumentation zusammenfassen: Eine substantielle Entwicklung von Menschen erfordert weit mehr als bloßes wirtschaftliches Wachstum. Im Kern muß sie geleitet sein vom Gespür für eine Befähigung zur Macht und für innere Erfüllung. Nur so wird gewährleistet, daß menschliche und kulturelle Werte ihre überragende Stellung in einer Welt behalten, in der politische Führung oft ein Synonym für Tyrannei und die Herrschaft einer kleinen Elite ist. Die Beteiligung des Volkes an sozialen und politischen Transformationen ist die Schlüsselfrage unserer Zeit. Um das zu erreichen, brauchen wir Gesellschaften, die den Wert des Mensch-

lichen über den der Macht stellen und die Befreiung über die Kontrolle. In diesem Paradigma erfordert Entwicklung Demokratie, also eine echte Machtbeteiligung des Volkes. Sobald dieses Stadium erreicht ist, werden sich Kultur und Entwicklung natürlich verbinden, um ein Umfeld zu schaffen, das alle schätzt und die gesamte Bandbreite des menschlichen Potentials wahrnimmt. Linderung von Armut geht einher mit Prozessen, die die Art verändern, in der Arme sich und ihre Welt wahrnehmen. Eine bloße materielle Unterstützung reicht dazu nicht aus; die Armen müssen das Gefühl haben, daß sie ihre eigene Zukunft formen können. Die meisten totalitären Regime fürchten den Wandel, aber je länger sie ernsthafte demokratische Reformen aufschieben, desto wahrscheinlicher wird es, daß selbst ihre positiven Ansätze verpuffen: Der Erfolg nationaler Politik hängt von der bereitwilligen Beteiligung des Volkes ab. Demokratische Werte und Menschenrechte, so wird manchmal behauptet, laufen der "nationalen" Kultur zuwider, und allzu oft wird die Allgemeinheit für "unfähig" gehalten zu regieren. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wir stehen vor der Herausforderung, daß sich die verschiedenen Natio-

nen und Völker der Welt auf einen Kanon menschlicher Werte einigen müssen, der als einigende Kraft zur Bildung einer echten globalen Gemeinschaft beitragen wird. Ein ernstzunehmender wirtschaftlicher Umbau kann dann im Kontext von internationalem Frieden und interner politischer Stabilität stattfinden. Eine rasche Demokratisierung und Stärkung der Institutionen der Zivilgesellschaft sind die unerläßliche Voraussetzung für eine solche Entwicklung. Nur dann werden wir eine Zukunft vor uns haben, in der Menschen nach dem beurteilt werden, was sie sind und nicht nach dem, was sie produzieren. Wenn die Vereinten Nationen und ihre Agenturen diese Entwicklung unterstützen wollen, dann müssen sie die Bewegungen fördern, die sich für die Befähigung des Volkes zur Macht einsetzen, Bewegungen, die sich auf der Demokratie gründen und die eines Tages eine Kultur des Friedens und der Entwicklung sichern werden.

Aung San Suu Kyi

Die Rede entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift Burma Debate, Dez. 1994/Jan. 1995. Aus dem Englischen übersetzt von Detlef Bremecke und Silvia Feist.



Anmerkungen:

- 1 "Draft Preliminary Outline of the World Report on Culture and Development, UNESCO, CCD-III/94/ Doc. 2, Paris, 7. Februar 1994, S.16.
- 2 Es wurde hervorgehoben, daß die Idee des Wachstums nicht als Selbstzweck, sondern als Leistungstest für Entwicklung von den Wirtschaftswissenschaftlern bereits in den fünfziger Jahren formuliert wurde. Paul Streeten et al., *First Things First: Meeting Basic Human Needs in the Developing Countries*, Oxford, 1982.
- 3 Francois Perroux, *A New Concept of Development*, UNESCO, Paris 1983, S.2
- 4 *Ibid*, p. 180.
- 5 "Wachstum bedeutet normalerweise das quantifizierbare Maß des allgemeinen Produktion oder Einkommen einer Gesellschaft, z.B. Bruttoinlandsprodukt oder Bruttosozialprodukt pro Kopf, wohingegen Entwicklung qualitative Aspekte des gesellschaftlichen Fortschritts miteinschließt wie Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, Einkommensverteilung, Wohnnungssituation, Ernährungslage, Gesundheitsversorgung etc.": UNDP Selected Sectoral Reviews: Burma, Dec. 1988, S.333
- 6 *Human Development Report 1993*, UNDP, Oxford 1993, S.1
- 7 *Towards A New Asia, A Report of the Commission for a New Asia*, 1994, S.39.
- 8 "Die Logik einer Wirtschaft, die von Zahlungsfähigkeit und Profit geleitet wird und die dem wachsenden Wert des Kapital und der Macht der es beherrschenden Kreisen unterworfen ist, muß alles als "un-ökonomisch" zurückweisen, das nicht unmittelbar in Mengen und Preise zu Marktbedingungen übertragen kann." Paul-Marc Henry (ed.), *Poverty, Progress and Development*, London 1991, S.36.
- 9 Streeten et al., *First Things First*, p. 19.

- 10 Henry (ed.), *Poverty, Progress and Development*, S.34.
- 11 *The New Encyclopedia Britannica*, Chicago, 1993, Bd.16, S.874.
- 12 Edward Said weist darauf hin, daß Regierungen in der Regel Kultur als Mittel zur Förderung des Nationalismus benutzen: "Die kulturelle Vergangenheit zu schönen und in grellen nationalistischen Farben neu zu streichen, welche die ganze Gesellschaft erstahlen läßt, ist eine solche Alltäglichkeit, daß es schon geradezu für natürlich gehalten wird." Vgl. Edward Said, "Nationalism, Human Rights and Interpretation", in Barbara Johnson (Hrg.), *Freedom and Interpretation: The Oxford Amnesty Lectures*, 1992, New York 1993, S.191.
- 13 Harry M. Scoble, Laurie S. Wiseberg (ed.), *Access to Justice: Human Rights Struggles in South East Asia*, London 1985, S. 57.
- 14 Vgl. Clinton Rossiters Einführung zu Hamilton, Madison and Jay, *The Federalist Papers*, Chicago, 1961. Ich verdanke Lady Patricia Gore-Booth das Originalzitat, auf welches vermutlich Rossiters Worte basieren: "Des Menschen Fähigkeit zu Gerechtigkeit, macht Demokratie möglich; aber des Menschen Neigung zur Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig." aus Reinhold Niebuhrs Vorwort zu *Children of the Light and Children of Darkness: A Vindication of Democracy and a critique of its Traditional Defense*, London 1945.
- 15 "Die beste Regierung ist die, die am wenigsten regiert." sind die Worte eines Angehörigen der westlichen Kultur, John L. O'Sullivan. Mehr als eintausend Jahre vor O'Sullivan hieß es bereits im Lao Tzu, einem chinesischen Klassiker, daß "der beste Herrscher nicht mehr als ein Schatten für seine Untertanen" ist. Die Idee, daß "in einer Nation die Menschen das wichtigste sind, danach kommt der Staat, und die Herrscher sind am unwichtigsten", findet sich nicht in den Werken eines modernen westlichen politischen Theoretikers, sondern bei Mencius.

- 16 Ethran Naraghi hat in seinen Memoiren "From Palace to Prison: Inside the Iranian Revolution" (London 1994) gezeigt, daß eine kritische Haltung gegenüber dem Monarchen ebenso wie die Dezentralisierung von Macht und die Verteilung der Verantwortlichkeiten ein Bestandteil der orientalischen Tradition sind. Seine faszinierenden Gespräche mit Shah Mohammed Reza Pahlevi zeigen, welche Gefahr eine Kultur- und Entwicklungspolitik läuft, die sich von den Hoffnungen des Volkes abtrennt.
- 17 Ronald D. Renard, "Minorities in Burmese History", in: K. M. de Silva et al. (eds.), *Ethnic Conflicts in Buddhist Societies: Sri Lanka, Thailand and Burma*, London 1988, 79
- 18 *Towards a New Asia*, S.40.
- 19 "Praktisch jedes menschliche Verhalten kann so rationalisiert werden- und ist es in der Vergangenheit auch so -, daß es als eine Bedrohung für die Sicherheit der Nation wahrgenommen wird.", Scoble and Wiseberg (eds.), *Access to Justice*, S.58.
- 20 *Human Development Report*, 1993, S.53.
- 21 *Ibid.*, S.5. Scoble and Wiseberg (eds.), *Access to Justice*, S.5, zeigen den Unterschied zwischen einer fundamentalen Reform und einer kontingenten Reform. Die fundamentale Reform beinhaltet eine "Neuverteilung der Macht sowie erweiterte Möglichkeiten, an maßgeblichen Entscheidungen beteiligt zu sein und sie zu beeinflussen". Die kontingente Reform "beinhaltet, die Vorzüge der Machtausübung oder den Nutzen der Macht zu teilen, mit dem Ziel, eine Teilung der Macht selber zu verhindern."